

Deutschland-Ellwangen (Jagst): Projektmanagement im Bauwesen
OJ S 171/2023 06/09/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadt Ellwangen
Postanschrift: Spitalstraße 4
Ort: Ellwangen (Jagst)
NUTS-Code: DE11D Ostalbkreis
Postleitzahl: 73479
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Rechtsanwälte Prof. Dr. Rauch & Partner mbB
E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de
Telefon: +49 94129734-10
Fax: +49 94129734-11
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.ellwangen.de/buerger/startseite>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHY6V9T/documents>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHY6V9T>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Rechtsanwälte Prof. Dr. Rauch & Partner mbB
Postanschrift: Hoppestraße 7
Ort: Regensburg
NUTS-Code: DE232 Regensburg, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 93049
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Vergabeabteilung
E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de
Telefon: +49 94129734-10
Fax: +49 94129734-11
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://prof-rauch-baurecht.de/kanzlei.html>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

TNW_Stadt Ellwangen - Fortsetzung des Konversionsprozesses - PS
Referenznummer der Bekanntmachung: 177/23

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71541000 Projektmanagement im Bauwesen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Stadt Ellwangen möchte für die Konversion in Ellwangen für das Projektteilziel "Entwicklung eines modernen, zeitgemäßen Wohnbaugebiets auf den Konversionsflächen" die Projektsteuerung für die Bereiche "ehem. T-Bereich" und "Hungerberg-Bereich" mit "Parkplatz am Südtor" (bis dato LEA-Bereich) vergeben.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71530000 Beratung im Bauwesen, 70320000 Vermietung oder Verkauf von Grundstücken, 70110000 Baulanderschließung, 71410000 Stadtplanung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE11D Ostalbkreis

Hauptort der Ausführung: 73479 Ellwangen (Jagst) Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist die Baustelle, soweit die Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz des Auftraggebers.

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Stadt Ellwangen möchte für die Konversion in Ellwangen für das Projektteilziel "Entwicklung eines modernen, zeitgemäßen Wohnbaugebiets auf den Konversionsflächen" die Projektsteuerung für die Bereiche "ehem. T-Bereich" und "Hungerberg-Bereich" mit "Parkplatz am Südtor" (bis dato LEA-Bereich) vergeben.

.

Die Aufgaben eines Projektsteuerers sind weitgestreut und beginnen eigentlich schon vor der Planung. Beim derzeitigen Stand des Konversionsprozesses "steigt" der Projektsteuerer in einen bereits laufenden Prozess ein. Dies ist aus Sicht der Stadtverwaltung unschädlich, bedarf allerdings beim Projekteinstieg einer intensiveren Abstimmung, um Doppelarbeit zu vermeiden.

Der Projektsteuerer sorgt in den Einzelprojekten sowie im Gesamtprojekt für funktionierende Informationsflüsse und soll alle Abläufe lückenlos dokumentieren. Ein umfassendes Schnittstellenmanagement wird hier erwartet.

Aktuell befindet sich eine Entwicklungsgesellschaft in Gründung. Die Stadt Ellwangen soll hier zu 100% Gesellschafterin sein. Der gegenständliche Projektsteuerungsvertrag wird mit der

Stadt geschlossen, sobald jedoch die Gesellschaft gegründet ist, geht der Vertrag auf die Entwicklungs-gesellschaft über. Die Zustimmung zu diesem Vertragsübergang wird explizit bereits mit Unterzeich-nung des Vertrages erteilt.

Der Gemeinderat hat über das "integrierte Entwicklungskonzept" bereits Ende 2020 entschieden, wie die Bebauung auf den Flächen des technischen Bereichs (T-Bereich) und der gegenwärtigen LEA erstellt werden soll. Mehr als 20 Hektar von den rund 47 Hektar Kasernengelände sind für Wohnbebauung vorgesehen. Entstehen sollen rund 750 Wohneinheiten für insgesamt 1.700 Be-wohner. Dieses Entwicklungskonzept wird zum Stand des Ausschreibungsbeginns zur Verfügung gestellt. Das Konzept befindet sich jedoch in ständiger Weiterentwicklung.

Im sogenannten Entwicklungsgebiet "Ellwangen Süd", welches das größte zusammenhängende Wohngebiet der Stadt werden wird, sind Ein- und Mehrfamilienhäuser - auch für den Sozialen Wohnungsbau, ein großer Kindergarten im Zentrum des Viertels und Gewerbeflächen für Dienst-leister am Rand direkt an der B 290, u.a. auf dem ehemaligen Bundeswehrparkplatz außerhalb des eigentlichen Kasernengelände geplant.

Das neue Stadtviertel soll mit Fördermitteln aus dem Bund-Länder-Städtebauprogramm "Sozialer Zusammenhalt" bzw. mit Fördermitteln im Rahmen einer städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme erworben, freigelegt und erschlossen werden. Das ganze Areal soll in das Sanierungsgebiet "Ell-wangen Mühlberg" aufgenommen werden, welches sich teilweise auch auf den historischen Teil der Kaserne und auf das Gelände an der Karl-Stirner-Straße erstreckt.

Die Abschnitte bestehen aus einer Bruttobaulandfläche von 107.840 m² und 305.699 m².

Die Stadt überträgt dem Projektsteuerer alle notwendigen Projektsteuerungsleistungen (siehe nachfolgend), die erforderlich sind, um die im Entwicklungsbereich liegenden Flächen einer zivilen Nutzung nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen zuzuführen. Hierzu wird ein besonderes Augenmerk auf die Erreichbarkeit gelegt.

Die Leistungen sind umfassend im beiliegenden Leistungsverzeichnis erfasst, hierin sind auch weiterführende Informationen zum Projekt an sich zu entnehmen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/02/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Es sind insgesamt max. 500 Punkte erreichbar. Je Gliederungspunkt sind max. die angegebenen Punkte erreichbar. Zwischenpunkte werden nicht vergeben. Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei Punktgleichheit und

wenn es dem Auftraggeber objektiv nachvollziehbar nicht möglich ist, den Bewerberkreis anhand der festgelegten Kriterien auf das vorgesehene Maß zu begrenzen, wird die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Losentscheid als Ultima Ratio getroffen. Die Auswahl der Bewerber zwischen der Mindest- und Höchstzahl erfolgt anhand der erreichten Punktzahlen im Rahmen der Auswertung. Sofern hier ein großer Punktabstand erreicht wird, behält sich der Auftraggeber vor, eine geringere Anzahl als die angegebene Höchstzahl zur Angebotsabgabe aufzufordern.

1.) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Gesamtumsatz (netto): Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre

50 Punkte: ab 1.200.000 EUR Umsatz / Jahr

40 Punkte: ab 1.000.000 EUR Umsatz / Jahr

30 Punkte: ab 800.000 EUR Umsatz / Jahr

20 Punkte: ab 600.000 EUR Umsatz / Jahr

10 Punkte: ab 400.000 EUR Umsatz / Jahr

Mindestkriterium: Gesamtumsatz (netto) im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre von mind. 400.000 EUR Umsatz/Jahr

2.) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

2.1.) Bürokapazität / Personalstärke, im Mittel der letzten 3 Jahre

50 Punkte: ab 7 Mitarbeiter/-innen mit Hochschulabschluss

40 Punkte: ab 6 Mitarbeiter/-innen mit Hochschulabschluss

30 Punkte: ab 5 Mitarbeiter/-innen mit Hochschulabschluss

20 Punkte: ab 4 Mitarbeiter/-innen mit Hochschulabschluss

10 Punkte: ab 3 Mitarbeiter/-innen mit Hochschulabschluss

Mindestkriterium: 2 Mitarbeiter/-innen mit Hochschulabschluss

2.2.) Referenzportfolio Bewerber (Büro): Konversionsprojekte

Referenzprojekte können eingereicht werden (und werden gewertet), sofern der Projektabschluss im Zeitraum 01.01.2013 bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Bewerbungsfrist erfolgt ist.

Die drei besten Referenzen werden gewertet. Die Referenzen werden jeweils anhand nachstehender Kriterien bewertet. Je Kriterium werden die unten aufgelisteten Punktzahlen vergeben. Pro Referenz können somit maximal 100 Punkte erreicht werden, sodass hier in Ziffer 2.2 maximal 300 Punkte erreicht werden können. (Entscheidend ist jeweils die höchste erreichbare Punktzahl je Kriterium.)

Kriterium 1: Art der Aufgabenstellung:

- 40 Punkte: Konversionsprojekt im militärischen Bereich
- 20 Punkte: sonstiges Konversionsprojekt (Umwandlungen)
- 0 Punkte: sonstige Projekte

Kriterium 2: Erfahrung mit Fördermitteln

- 20 Punkte: Erfahrung mit Städtebauförderung
- 10 Punkte: Erfahrung mit sonstigen Förderprogrammen
- 0 Punkte: keine Erfahrung

Kriterium 3: Erfahrung mit Schnittstellenmanagement

- 20 Punkte: Erfahrung mit Schnittstellenmanagement der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) vorhanden
- 10 Punkte: Erfahrung mit sonstigem Schnittstellenmanagement (auch Ausland)
- 0 Punkte: keine Erfahrung vorhanden

Kriterium 4: Größenordnung:

- 20 Punkte: Projektgröße ab 35 ha
- 10 Punkte: Projektgröße ab 25 ha
- 5 Punkte: Projektgröße ab 15 ha
- 0 Punkte: weniger als 15 ha

Mindestkriterien:

In jedem oben aufgelistetem Kriterium müssen Punkte erreicht worden sein. Nur dann wird die generelle Eignung des Bewerbers bejaht.

2.3.) Referenzportfolio Bewerber (Büro): Zusatzpunkte

Referenzprojekte können eingereicht werden (und werden gewertet), sofern der Projektabschluss im Zeitraum 01.01.2013 bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Bewerbungsfrist erfolgt ist.

Die nachfolgenden Zusatzkriterien dienen allein der zusätzlichen Auswahlentscheidung und sind nicht als Mindestkriterium zur Eignung notwendig. Sofern hier keine Erfahrung vorhanden ist, ändert dies an der allgemeinen Eignung (wenn obiges erfüllt) nichts. Sollten die Kriterien vorhanden sein, werden jedoch im Rahmen der Auswahlentscheidung Zusatzpunkte vergeben. Es können maximal 100 Zusatzpunkte erreicht werden.

Zusatzkriterium 1: Erfahrung bei Konversionsprojekten im militärischen Bereich in Baden-Württemberg oder Bayern:

- 50 Punkte: Erfahrung vorhanden

Zusatzkriterium 2: Erfahrung mit Städtebauförderung in Baden-Württemberg oder Bayern

- 50 Punkte: Erfahrung vorhanden

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Beginn: unmittelbar nach Auftragserteilung, voraussichtlich Anfang Februar 2024

Ende: voraussichtlich Ende 2033

Ab 2028 Veräußerung der Grundstück (geschätzter Zeitbedarf hierfür etwa 5 Jahre)

Mit den Vergabeunterlagen werden den Bewerbern bereits ein integriertes Entwicklungskonzept zum Zeitpunkt der Ausschreibung sowie orientierende Untersuchungen zur Verfügung gestellt (08 a_sonstige Unterlagen).

Das vorhandene Wertgutachten (08b_sonstige Unterlagen) wird den Bewerbern ausschließlich gegen Abgabe der Geheimhaltungserklärung (in den Vergabeunterlagen enthalten) zur Verfügung gestellt.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Der Nachweis zur Berufsausübung des Inhabers/der Inhaberin oder der Führungskräfte des Unternehmens oder der Projektleitung ist/sind lediglich durch Vorlage des Hochschulabschlusses zu führen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Eigenerklärung über den Umsatz für entsprechende Dienstleistungen: Umsatz (netto) im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre

Bei Bewerbergemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft einzeln anzugeben.

Nachweis auf Verlangen der Vergabestelle durch Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.

Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers / der ARGE bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers, mit einer Deckungssumme von mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und von mind. 1,5 Mio. EUR für sonstige Schäden. Sie/Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall muss die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen.

Die Deckung muss über die gesamte Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Bei einer ARGE muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherungsbestätigung ALLER ARGE-Mitglieder vorliegen (Mindestsummen sind von jedem ARGE-Mitglied vorzuweisen), wenn in der jeweiligen Bescheinigung der Passus enthalten ist, dass auch die Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften sowie das in diesem Zusammenhang bestehende Risiko aus der gesamtschuldnerischen Haftung und dem Insolvenzrisiko eines ARGE-Partners mitversichert ist. Eigenerklärungen diesbezüglich sind vorläufig ausreichend.

Bei Erteilung des Auftrags muss der gültige Versicherungsschein nachgereicht werden.

.
Der Auftragnehmer / die ARGE ist verpflichtet, dem Auftraggeber jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

MINDESTKRITERIUM:

Gesamtumsatz (netto) im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre von mind. 400.000,- EUR Umsatz / Jahr

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Nachweise gem. § 46 Abs. 3 VgV; entsprechende Formblätter werden mit den Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung gestellt.

.
Der Nachweis der fachlichen Qualifikation der tatsächlichen Leistungserbringer im Auftragsfall oder des Inhabers/der Inhaberin oder der Führungskräfte des Unternehmens ist lediglich durch Vorlage des Hochschulabschlusses zu führen.

.
Eigenerklärungen über:

.
A.) das jährliche Mittel der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren Beschäftigten (Mitarbeiter-/innen mit Hochschulabschluss)

.
B.) Referenzen (Die Angaben sind in den entsprechenden Formblättern "Bewerbungsbogen / Projektdatenblätter" zu machen):

.
Referenzportfolio Bewerber gesamt (Konversionsprojekte) der letzten zehn Jahre, Projektabschluss zwischen 01.01.2013 und dem Ablauf der unter IV.2.2 genannten Bewerbungsfrist mit Angaben zu:

- a.) Auftraggeber
- b.) Art der Aufgabenstellung
- c.) Erfahrung mit Fördermitteln
- d.) Erfahrung mit Schnittstellenmanagement
- e.) Größenordnung

.
Zusatzkriterien:

Referenzportfolio Bewerber gesamt der letzten zehn Jahre, Projektabschluss zwischen 01.01.2013 und dem Ablauf der unter IV.2.2 genannten Bewerbungsfrist mit Angaben zu:

- a.) Auftraggeber,
- b.) Erfahrung bei Konversionsprojekten im militärischen Bereich in Baden-Württemberg oder Bayern
- c) Erfahrung mit Städtebauförderung in Baden-Württemberg oder Bayern

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

MINDESTKRITERIEN:

.
mind. 2 Mitarbeiter/-innen mit Hochschulabschluss

.
Referenzportfolio (Bewerber): Konversionsprojekte

In jedem Kriterium müssen Punkte erreicht worden sein. Nur dann wird die generelle Eignung des Bewerbers bejaht.

Referenzprojekte können eingereicht werden (und werden gewertet), sofern der Projektabschluss im Zeitraum 01.01.2013 bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Bewerbungsfrist erfolgt ist.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 04/10/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

VI.3. Zusätzliche Angaben

Der Bewerber hat anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder

- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist.

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Einzelbewerber oder Arbeitsgemeinschaft (ARGE), gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter, Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer ARGE sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren.

Bewerbungen sind nur und ausschließlich auf den zum Download gestellten Bewerbungsunterlagen zulässig. Teilnahmeanträge, für die nicht die zum Download gestellten Bewerbungsunterlagen/-formulare verwendet werden, werden ausgeschlossen.

Anfragen, Nachfragen etc. sind AUSSCHLIESSLICH nach der Registrierung über die Vergabepattform zu stellen.

DIE BIETERKOMMUNIKATION ERFOLGT AUSSCHLIESSLICH ÜBER DAS DEUTSCHE VERGABEPORTAL (DTVP), UM SICHERZUSTELLEN, DASS BIETER UND VERGABESTELLE ÜBER VERSANDTE NACHRICHTEN AUCH EINE E-MAIL-BENACHRICHTIGUNG ERHALTEN.

Das Formular "Teilnahmeantrag und Bewerbungsunterlagen" ist zwingend einzureichen, fehlt dieses ist die Bewerbung ganz auszuschließen.

Die Bewerbung selbst muss elektronisch über die Vergabepattform über das herunterzuladende Bietertool unter dem Reiter "Teilnahmeanträge" (NICHT als Nachricht oder per E-Mail) eingereicht werden. Bei dem Formular "Bewerbungsbogen" inkl. Anlagen handelt es sich um das Hauptformular der Bewerbungsunterlagen (dieser gilt für den Bewerber bzw. die ARGE insgesamt). Wenn und soweit die dort gemachten Angaben nicht vollständig oder falsch sind, geht dies zu Lasten des Bewerbers. Der Auftraggeber behält sich vor, im Teilnahmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise, die bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist (IV.2.2) nicht vorgelegt werden, bis zum Ablauf einer zu bestimmenden Nachfrist nachzufordern; die Bewerber haben keinen Anspruch darauf, dass der Auftraggeber von dieser Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht. Eine unvollständige Einreichung führt, wenn die Vergabestelle von der Nachforderungsmöglichkeit nicht Gebrauch macht, oder eine Nachforderung fruchtlos geblieben ist, zum Ausschluss aus dem Verfahren. Broschüren und weitere Unterlagen zur Vorstellung des Büros sind ausdrücklich nicht erwünscht und werden nicht berücksichtigt.

Eine Registrierung ist für den Download der Unterlagen nicht erforderlich. Es wird jedoch eine Registrierung auf der Vergabepattform empfohlen. Sollten Fragen zu den Bewerbungsunterlagen gestellt werden, so werden die Antworten hierauf in die Plattform eingestellt werden. Im Falle einer Registrierung bekommt der Bewerber eine Mitteilung hierüber, auch wenn Unterlagen geändert werden sollten. Ohne diese freiwillige Registrierung ist der Bewerber selbst dafür verantwortlich, sich zu informieren, ob es Änderungen oder Antworten gibt.

Fragen sind so rechtzeitig (spätestens jedoch 9 Kalendertage vor Fristablauf) zu stellen, sodass dem Auftraggeber unter Berücksichtigung interner Abstimmungsprozesse eine

Beantwortung spätestens 6 Tage vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge möglich ist. Der Auftraggeber behält sich vor, nicht rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als 6 Tagen vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten (ggf. ohne Fristverlängerung).

Bekanntmachungs-ID: CXP4YHY6V9T

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig (§ 160 Abs. 3 GWB), soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

01/09/2023